

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Innovationsausschusses am 12.05.2026
(12. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Unterstützung des Antrags der Bürgerinitiative " Bürger gegen Fluglärm e.V " auf (weitere) Betriebsbeschränkungen mit dem Ziel eines „Abschwellens“ des Fluglärms in den ersten Nachtstunden. Vorlage: DezIII/0326/2026	5
3 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson (Amtsnachfolge) für den Schiedsgerichtsbezirk 3 (Lank-Latum, Strümp, Ossum-Bösinghoven und die Rheingemeinden Langst-Kierst, Nierst und Ilverich) der Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/0339/2026	6
4 Mitgliedschaft der Stadt Meerbusch in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. Vorlage: BM/0317/2026	6
5 Informationen zum NRW-Plan für gute Infrastruktur Vorlage: SB8SFI/0133/2026	8
6 Einrichtung des Arbeitskreis Konsolidierung Vorlage: SB8SFI/0331/2026	9
7 Beauftragung einer externen Unterstützung für die Haushaltskonsolidierung Vorlage: SB8SFI/0333/2026	10
8 1. Bericht zur Finanzsituation 2026 zum 30.04.2026 Vorlage: SB8SFI/0135/2026	11
9 Einführung einer KI-gestützten Protokollierung in politischen Gremien Vorlage: DezIV/0337/2026	12
10 Bericht der Zentralen Dienste und des CDO	13
11 Bericht der Wirtschaftsförderung	14
12 Anträge	14
13 Anfragen	15
13.1 Anfrage der AfD-Fraktion bzgl. Umgang mit Teillegalisierung von Cannabis in Meerbusch Vorlage: SB9JR/0277/2026	15

14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
15	Termin der nächsten Sitzung: 09. Juli 2026	15
16	Verschiedenes	15

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:47 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jonas Kräling

Herr Olaf Geißler Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied Vertretung für Frau Petra Schoppe

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Herr Dr. Felix Nieberding Ratsmitglied

Frau Lydia Tittes Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der AfD-Fraktion

Herr Zacharias Schalley Ratsmitglied

von der LiGaPa-Fraktion

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Wirtschaftsförderungsreferent

Herr Tim Hofmeister Referent des Bürgermeisters

Herr Niklas Loerper Chief Digital Officer

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Justizariat und Ratsbüro

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

Herr Patrick Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

stellv. Schriftführerin

Frau Gloria Tichelofen

Ratsbüro

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jonas Kräling

Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Frau Bettina Scholten

Beigeordnete

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses, der Presse und der Stadtverwaltung.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt.

2 Unterstützung des Antrags der Bürgerinitiative " Bürger gegen Fluglärm e.V " auf (weitere) Betriebsbeschränkungen mit dem Ziel eines „Abschwellens“ des Fluglärms in den ersten Nachtstunden.

Vorlage: DezIII/0326/2026

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss der Stadt Meerbusch beschließt die Vertagung der Beschlussfassung.

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

HFI	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8		
FDP	1	1		
Bündnis 90/ Die Grünen	3			3
SPD	2		2	
AfD	1	1		
LiGaPa	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	12	3	3

Bürgermeister Bommers informiert über ein Telefonat, das er mit der Geschäftsführung des Flughafens Düsseldorf, Herr Redeligx, geführt hat. Herr Redeligx hat dem Bürgermeister mitgeteilt, dass er die Beschlussvorlage als einseitig empfinde und gerne Stellung genommen hätte. Er habe darauf hingewiesen, dass es zu einem erheblichen Eingriff in den Betrieb des Flughafens kommen könnte. Sollte der Beschluss angenommen werden und hieraus weitere Verschärfungen resultieren, könne dies den Flughafen für Fluggesellschaften weniger attraktiv machen. Als mögliche Folge sehe er eine sinkende Wirtschaftlichkeit des Standortes. Er wünsche sich daher eine differenziertere Auseinandersetzung mit der Thematik. Bürgermeister Bommers möchte das Gespräch nicht werten, sondern lediglich die Aussage von Herrn Redeligx vorstellen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes kritisiert, dass die Äußerungen des Geschäftsführers des Flughafens den Eindruck vermittelten, Verspätungen seien dort ein regelmäßiger Bestandteil des Betriebs und

würden entsprechend eingeplant. Zudem halte sie es für nicht vertretbar, die ohnehin bereits stark belastete Nachtruhe weiter einzuschränken beziehungsweise aufzuheben.

Ratsherr Damblon sagt, dass der Antrag im Sinne der CDU sei. Diese sei nicht gegen den Flughafen selbst, sondern gegen die Flugzeiten, die deutlich ausgedehnt werden. Er stellt einen Antrag auf Vertagung der Angelegenheit. Dadurch solle dem Flughafen Gelegenheit gegeben werden, sich nochmals zu der Thematik zu äußern. Zudem seien Pläne bzw. Anträge des Flughafens angekündigt worden, die voraussichtlich im Sommer zur Stellungnahme offengelegt werden müssten. Er halte es daher für sinnvoll, die Offenlage dieser Planungen abzuwarten, um anschließend prüfen zu können, ob der Antrag der Bürgerinitiative gegen Fluglärm e.V. weiterhin passend ist oder ob Ergänzungen beziehungsweise Anpassungen erforderlich seien.

Ratsherr Peters kann dem folgen, sei jedoch bereit, bereits in der heutigen Sitzung über den Antrag zu beschließen, um ein entsprechendes Signal zu setzen. Es handele sich nicht um die erste Sitzung, die sich mit der Thematik befasse. Zudem bittet er Bürgermeister Bommers, das Thema in die nächste Sitzung der Fluglärmkommission einzubringen.

Ratsherr Jörgens sehe den Antrag als ein klares Signal aus Meerbusch an. Für ihn spiele es keine entscheidende Rolle, ob heute oder erst in einigen Monaten über den Antrag beschlossen werde. Er schließe sich daher dem Vorschlag zur Vertagung an.

Ratsherr Mocka könne dem Antrag bereits zum jetzigen Zeitpunkt folgen und halte eine Vertagung nicht für erforderlich. Zudem bestehe aus seiner Sicht weiterhin die Möglichkeit, den Antrag bei Bedarf zu konkretisieren beziehungsweise nachzuschärfen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes unterstützt den Einwand von Ratsherr Mocka.

Herr Bürgermeister Bommers lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen.

3 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson (Amtsnachfolge) für den Schiedsgerichtsbezirk 3 (Lank-Latum, Strümp, Ossum-Bösinghoven und die Rheingemeinden Langst-Kierst, Nierst und Ilverich) der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB1/0339/2026

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch für den Schiedsgerichtsbezirk 3 (Lank-Latum, Strümp, Ossum-Bösinghoven und die Rheingemeinden Langst-Kierst, Nierst und Ilverich) Frau Anke Petersen zur stellvertretenden Schiedsperson zu wählen.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

4 Mitgliedschaft der Stadt Meerbusch in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
Vorlage: BM/0317/2026

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. zu beantragen und die notwendigen Schritte zur Durchführung des Zertifizierungsverfahrens zur Erlangung des RAL-Gütezeichens Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung einzuleiten.

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

HFI	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8		
FDP	1	1		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
SPD	2	2		
AfD	1		1	
LiGaPa	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	3	

Ratsfrau Dr. Schomberg hinterfragt, warum die genannten Punkte, wie Bearbeitungszeiten und die Bezahlung von Auftragsrechnungen, nicht bereits umgesetzt seien. Sie stellt infrage, ob eine Zertifizierung notwendig sei, um mittelstandsfreundlich zu agieren, da viele der genannten Kriterien ihrer Meinung nach Selbstverständlichkeiten darstellen sollten.

Herr Benninghoven entgegnet, dass die genannten Punkte zwar selbstverständlich sein sollten, dies jedoch nicht immer der Fall sei. Er verweist auf eine Standortanalyse der IHK aus dem Vorjahr, bei der Unternehmen Rückmeldungen gegeben hätten, dass die Verwaltung in einigen Bereichen nicht den erwarteten Standards entspreche. Die Zertifizierung biete die Möglichkeit, Prozesse zu analysieren, zu optimieren und ein positives Signal nach außen zu senden.

Bürgermeister Bommers unterstützt die Ausführungen von Herrn Benninghoven und betont, dass die Zertifizierung nicht als Belastung, sondern als Verpflichtung zu verstehen sei, den festgelegten Gütekriterien zu entsprechen. Er hebt hervor, dass die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft auch den Austausch mit anderen Kommunen ermögliche, von deren Best-Practice-Beispielen man profitieren könne. Er verweist darauf, dass auch andere Kommunen, wie die Stadt Krefeld, kürzlich eine solche Zertifizierung durchlaufen hätten.

Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht folgen werde. Er kritisiert, dass viele der genannten Kriterien Selbstverständlichkeiten seien, die ohne zusätzlichen finanziellen und personellen Aufwand umgesetzt werden könnten. Daher sehe man die Zertifizierung als überflüssig an.

Ratsherr Jörgens berichtet, dass auch in seiner Fraktion eine intensive Debatte zu diesem Thema geführt worden sei. Obwohl es sich nur um einen finanziellen Aufwand von einigen tausend Euro handle, habe man abgewogen, ob die Zertifizierung einen tatsächlichen Mehrwert biete. Letztlich habe man sich jedoch entschieden, der Vorlage zuzustimmen, da man die Hoffnung auf eine Verbesserung der Verwaltungsprozesse sehe.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass auch ihre Fraktion die Notwendigkeit der Zertifizierung diskutiert habe. Sie verweist auf die IHK-Analyse aus dem Vorjahr, die gezeigt habe, dass es in der Verwaltung Verbesserungspotenzial gebe. Ihre Fraktion sehe die Zertifizierung als einen gangbaren

Weg, um die Abläufe in der Verwaltung zu optimieren. Sie regt an, dass im Rahmen der Zertifizierung auch der Bürgerservice und die Bürgernähe untersucht werden sollten.

Ratsherr Schalley äußert sich kritisch zur Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft und bezeichnet die Kosten für die Zertifizierung als unnötig. Er argumentiert, dass die genannten Kriterien von einer funktionierenden Verwaltung ohnehin erfüllt werden sollten.

Ratsherr Damblon betont, dass extern vorgegebene Ziele positiv sein können, um Optimierungen voranzutreiben, da diese nicht immer nur von innen heraus erfolgen könnten.

Ratsherr Mocka bittet darum, dass die im Rahmen der Zertifizierung ermittelten Kennzahlen dem Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.

Bürgermeister Bommers signalisiert Zustimmung zu diesem Vorschlag.

5 Informationen zum NRW-Plan für gute Infrastruktur

Vorlage: SB8SFI/0133/2026

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Kämmerer Volmerich erklärt, dass er mit der Informationsvorlage den Ausschuss bezüglich des Sachstandes des Sondervermögens unterrichten möchte. Er führt aus, dass die Landesregierung ursprünglich angekündigt habe, den Städten pauschal 10 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, da diese am besten wüssten, wie die Mittel einzusetzen seien. Allerdings stelle sich heraus, dass es sich nicht um eine pauschale Zuweisung handle, sondern um ein komplexes Förderprogramm mit erheblichen bürokratischen Anforderungen. Zum Vergleich nennt er die allgemeine Investitionspauschale des Landes in Höhe von 3,8 Millionen Euro, die ohne weitere Nachweise überwiesen werde. Im Gegensatz dazu erfordere das Infrastrukturprogramm die Identifikation spezifischer Maßnahmen im städtischen Haushalt, die unter die vorgegebenen Förderkriterien fallen.

Kämmerer Christian Volmerich weist darauf hin, dass die Mittel des Programms auf 12 Jahre verteilt seien, was einer jährlichen Zuweisung von 1,8 Millionen Euro entspreche. Er hebt hervor, dass insbesondere die Bereiche Bildung, Klimaresilienz, Krisenstrukturen sowie Straßen und Wege gefördert würden. Während im Bereich Bildung aufgrund der Schulentwicklungsplanung keine Schwierigkeiten zu erwarten seien, gestalte sich die Identifikation förderfähiger Maßnahmen in den anderen Bereichen als herausfordernd. Zudem gebe es ein Problem mit der Doppelförderung, da Maßnahmen, die bereits durch andere Programme gefördert würden, nicht erneut gefördert werden könnten. Um dies zu umgehen, habe die Landesregierung eine Gesetzesänderung initiiert, die es ermögliche, Fördermittel auf den Eigenanteil anzurechnen. Diese Änderung befinde sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

Ratsherr Peters äußert Verständnis hinsichtlich der bürokratischen Hürden. Er merkt an, dass dieser dazu führen könnte, dass Städte auf die Mittel verzichten.

Kämmerer Vollmerich entgegnet, dass er keinen Euro ungenutzt lassen werde.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes äußert, dass die Ankündigung des pauschalen Sondervermögens erst Euphorie geweckt habe, jedoch kritisiert sie, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern einen geringeren Anteil der Bundesmittel an die Kommunen weitergebe. Sie regt an, dass der Kämmerer möglicherweise über den Städte- und Gemeindebund Einfluss auf die Landesregierung nehmen könne, um eine höhere und flexiblere Mittelvergabe zu erreichen. Zudem fragt sie, ob es möglich sei, die Mittel in einem größeren Betrag statt in jährlichen Raten abzurufen.

Kämmerer Volmerich erklärt, dass er stets versuchen werde, möglichst hohe Beträge frühzeitig abzurufen, dies jedoch von den Vorgaben des Bundes und der Verfügbarkeit von Rechnungen abhängen.

Kämmerer Volmerich erläutert weiter, dass der Städte- und Gemeindebund sowie der Städtetag und der Landkreistag bereits im Vorfeld des Gesetzes darauf hingewiesen hätten, dass die Kommunen 80 % der Infrastruktur sicherstellen müssten und die vorgesehenen 60 % der Mittel unzureichend seien. Die Landesregierung habe jedoch an ihrer Position festgehalten. Er weist darauf hin, dass neben den pauschalen Mitteln von 10 Millionen Euro weitere 2,7 Millionen Euro über Förderprogramme bereitgestellt würden, deren Abruf jedoch ebenfalls mit Herausforderungen verbunden sei.

Ratsherr Jörgens bedankt sich bei der SPD für die ehrlichen Worte. Er betont, dass die bereitgestellten Mittel im Vergleich zu den tatsächlichen Investitionsbedarfen der Kommunen enttäuschend seien.

6 Einrichtung des Arbeitskreis Konsolidierung

Vorlage: SB8SFI/0331/2026

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss beschließt, einen Arbeitskreis „Konsolidierung“ zu bilden.

Neben Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes bildet sich der Arbeitskreis fraktionsseitig aus der Hälfte der Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss, im Falle einer ungeraden Zahl an Mitgliedern wird die Zahl der zu entsendenden Personen aufgerundet. Demnach ergibt sich folgende Besetzung:

CDU: 4

Bündnis 90/Die Grünen: 2

SPD: 1

FDP: 1

AfD: 1

LiGaPa: 1

UWG: 1

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes äußert, dass ihre Fraktion die Einrichtung des Arbeitskreises grundsätzlich befürworte, jedoch den zeitlichen Ablauf kritisch sehe. Sie schlägt vor, dass zunächst die Verwaltung gemeinsam mit einem beauftragten Unternehmen eine Liste potenzieller Vorschläge erarbeite, bevor diese im Arbeitskreis diskutiert würden. Sie betont, dass die Politik nicht die primäre Verantwortung für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen tragen solle. Zudem verweist sie auf eine Diskrepanz zwischen der Darstellung im Ältestenrat und der schriftlichen Beschlussvorlage.

Kämmerer Volmerich entgegnet, dass der Arbeitskreis nicht bei null beginne, da bereits in der Vergangenheit Konsolidierungsvorschläge erarbeitet worden seien. Er verweist auf den bestehenden Fünf-Stufen-Plan, der Einsparpotenziale identifiziere, jedoch noch nicht vollständig mit Zahlen hinterlegt sei. Diese Arbeit werde derzeit in den Fachbereichen fortgeführt. Er betont die Notwendigkeit, den Arbeitskreis wieder einzurichten, und erklärt, dass die KGSt die Moderation des Arbeitskreises übernehmen solle.

Ratsfrau Dr. Schomberg fordert, dass die Sitzungen des Arbeitskreises öffentlich stattfinden, um Transparenz zu gewährleisten. Sie betont, dass nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Diskussionen zur Entscheidungsfindung für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollten.

Bürgermeister Bommers widerspricht und erklärt, dass die Sitzungen des Arbeitskreises nicht öffentlich geplant seien. Er argumentiert, dass die Ergebnisse des Arbeitskreises in öffentlichen Sitzungen

präsentiert würden und somit die notwendige Transparenz gewährleistet sei. Er hält es für legitim, dass bestimmte Diskussionen in einem kleineren Kreis stattfinden.

Ratsherr Peters unterstützt die Fortführung des Arbeitskreises, fordert jedoch mehr Kreativität und Eigeninitiative von dessen Mitgliedern. Er spricht sich gegen eine öffentliche Tagung des Arbeitskreises aus, da dies die Offenheit und den Mut zur Diskussion einschränken könnte.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes geht erneut auf die Reihenfolge der Arbeitsprozesse ein und betont, dass die Verwaltung zunächst priorisierte Vorschläge vorlegen solle, bevor diese im Arbeitskreis diskutiert würden. Sie verweist auf Formulierungen in der Beschlussvorlage, die aus ihrer Sicht missverständlich seien, und fordert eine klare Abfolge der Schritte.

Kämmerer Volmerich stimmt zu, dass die Vorschläge zunächst durch die Verwaltung und die KGSt konkretisiert werden sollten, bevor sie im Arbeitskreis behandelt würden.

Ratsherr Damblon betont, dass sowohl die Verwaltung als auch die Politik Verantwortung für die Konsolidierungsvorschläge tragen. Er spricht sich ebenfalls gegen eine öffentliche Tagung des Arbeitskreises aus, da dies die Diskussion von Ideen erschweren könnte.

Ratsherr Jörgens hat einen rechtlichen Grundsatz in Erinnerung, wonach Arbeitskreise generell nicht öffentlich tagen müssten, und bittet um eine rechtliche Stellungnahme.

Herr Dr. Saturra erklärt, dass es keinen generellen Grundsatz gebe, der Arbeitskreise als nicht öffentlich definiere. Die Entscheidung liege vielmehr bei dem Gremium, das den Arbeitskreis einrichte.

Ratsherr Neuhausen bedankt sich für die Klarstellung von Kämmerer Volmerich zur Reihenfolge der Arbeitsprozesse und erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er betont ebenfalls die Notwendigkeit, nicht öffentliche Diskussionen führen zu können.

Bürgermeister Bommers fragt abschließend, ob Ratsfrau Dr. Schomberg Antrag auf öffentliche Tagung des Arbeitskreises stellen wolle. Diese verzichtet darauf, da die Mehrheit der Fraktionen sich bereits gegen eine öffentliche Tagung ausgesprochen habe.

Bürgermeister Bommers bittet die Fraktionen, ihre Vertreter für den Arbeitskreis zeitnah beim Ratsbüro zu benennen.

7 **Beauftragung einer externen Unterstützung für die Haushaltskonsolidierung** **Vorlage: SB8SFI/0333/2026**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss empfiehlt dem Rat die Beauftragung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) als externen Dienstleister zur Unterstützung und Begleitung des Konsolidierungsprozesses.

Im Rahmen der benannten Auftragsvergabe stimmt der Rat gem. § 83 II GO NRW der hierfür notwendigen überplanmäßigen Mittelbereitstellung zu. Die überplanmäßigen Mittel werden durch den Kämmerer bereitgestellt.

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

HFI	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	8	8		
FDP	1	1		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
SPD	2	2		
AfD	1	1		
LiGaPa	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	16	2	

Ratsherr Peters äußert, dass die bisherigen Diskussionen zu diesem Thema aus seiner Sicht nicht ausreichend intensiv geführt worden seien. Er betont, dass es wenig sinnvoll sei, ein Konzept zu entwickeln, wenn sich letztlich niemand daran halte. Er hebt hervor, dass die eigentliche Herausforderung darin bestehe, die Bereitschaft zu entwickeln, bestehende Strukturen zu hinterfragen und alternative Ansätze zu verfolgen.

Ratsherr Peters zeigt sich skeptisch gegenüber der Beauftragung eines externen Unternehmens, das mit Kosten in Höhe von 480.000 Euro verbunden sei. Er verweist darauf, dass ein Fraktionsmitglied Vor- und Nachteile solcher Maßnahmen mit einer KI analysiert habe, wobei die Nachteile überwiegen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass die Beauftragung externer Unterstützung möglicherweise dazu beitragen könne, mehr Bewegung in die Diskussion zu bringen. Sie verweist auf den bereits eingerichteten Arbeitskreis, der jedoch bislang nicht die gewünschten Erfolge erzielt habe. Sie sieht in der externen Unterstützung eine Möglichkeit, an bestimmten Stellen Impulse zu setzen und die Diskussion voranzutreiben.

Ratsherr Mocka erklärt, dass die KGSt als geeigneter Partner für diese Aufgabe angesehen werde. Er spricht sich für die Beauftragung aus und verweist auf positive Erfahrungen mit Vorschlägen der KGSt in der Vergangenheit. Ratsherr Mocka betont, dass die aktuelle Situation eine Stagnation aufweise und eine externe Unterstützung möglicherweise den notwendigen Anstoß geben könne.

8 1. Bericht zur Finanzsituation 2026 zum 30.04.2026

Vorlage: SB8SFI/0135/2026

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Kämmerer Volmerich erläutert, dass es sich um den ersten Bericht zur Finanzsituation handle, wobei die Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht belastbar seien, insbesondere im Hinblick auf die Prognose für das Jahresende. Er hebt hervor, dass die Gewerbesteuererinnahmen bereits jetzt mit knapp

110 % des Planansatzes um etwa 5,5 bis 6 Millionen Euro über dem Ansatz liegen. Dies sei jedoch auf Sondereffekte eines Unternehmens zurückzuführen, das im Jahr 2025/2026 eine außergewöhnlich hohe Gewerbesteuerzahlung zu leisten hatte. Kämmerer Volmerich erinnert daran, dass ein ähnlicher Effekt bereits im Jahr 2020 aufgetreten sei, die Einnahmen zum Jahresende jedoch wieder knapp unter den Planansatz gefallen seien. Er verweist zudem auf die aktuelle Steuerschätzung, die im Gegensatz zur Novemberprognose des Vorjahres von einem Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen um 3,3 % ausgehe, was für die Kommune einen Verlust von etwa 5 Millionen Euro bedeuten würde. Auch bei der Einkommensteuer sei laut Steuerschätzung ein Rückgang von etwa einer halben Million Euro unter den Planansatz zu erwarten.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes spricht die Notwendigkeit an, die Finanzberichte in den jeweiligen Fachausschüssen zu konkretisieren. Sie kritisiert, dass die vorliegenden Zahlen keine detaillierten Informationen darüber liefern, wofür die Mittel konkret verwendet wurden. Sie bittet, im folgenden Sonderausschuss Zukunft der Schulen, darüber zu sprechen, wie die konkreten Baumaßnahmen aussehen.

Kämmerer Volmerich entgegnet, dass die Diskussion über den Mittelabfluss originär in den Hauptfinanzausschuss gehöre. Er erklärt, dass die Liste der Baumaßnahmen bereits den entsprechenden Fachausschüssen zugeordnet worden sei. Die Schriftführer der Ausschüsse sollen darüber informiert werden, dass auf die nächste Tagesordnung ein Punkt für die Baumaßnahmen ergänzt werden soll. Eine detaillierte Aufstellung der Mittelverwendung sei kurzfristig für den Sonderausschuss Zukunft der Schulen nicht umsetzbar und auch nicht zielführend, da die Verwaltung und die Politik keinen Einfluss auf die Zahlungsfortschritte der beauftragten Unternehmen hätten. Er verweist darauf, dass solche Informationen theoretisch über das Programm Spartacus abrufbar seien, stellt jedoch die Sinnhaftigkeit einer derart detaillierten Aufstellung infrage.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes betont, dass es ihr nicht um die detaillierte Auflistung einzelner Rechnungen gehe, sondern um Meilensteine zu überprüfen und mögliche Verzögerungen oder Abweichungen frühzeitig zu erkennen.

Ratsherr Peters verweist auf ein Berichtssystem des Landschaftsverbandes Rheinland, das eine detaillierte Darstellung mit einer Ampelkennzeichnung (grün, gelb, rot) beinhaltet. Er merkt an, dass ein solches System zwar hilfreich, jedoch mit erheblichem Aufwand verbunden sei, weshalb die Kosten-Nutzen-Frage geklärt werden müsse.

Ratsfrau Dr. Schomberg stellt eine Frage zur Bezeichnung „Bürgerhaus Osterath“ in der Anlage zum Stand der Baumaßnahmen und möchte wissen, ob damit das „Haus der Bildung“ gemeint sei.

Kämmerer Volmerich bestätigt dies und erklärt, dass die Bezeichnung aus dem SAP-System stamme und ursprünglich so geplant gewesen sei.

Ratsfrau Dr. Schomberg beantragt, die Bezeichnung zukünftig in „Haus der Bildung“ zu ändern.

Kämmerer Volmerich erklärt, dass dies im Haushalt 2027 berücksichtigt werden müsse.

9 Einführung einer KI-gestützten Protokollierung in politischen Gremien **Vorlage: DezIV/0337/2026**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss empfiehlt dem Rat, die Geschäftsordnung hinsichtlich einer KI-gestützten Protokollierung zu ergänzen und beauftragt die Verwaltung, die Pilotphase auf weitere Ausschusssitzungen zu erweitern.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

10 Bericht der Zentralen Dienste und des CDO

Herr Loerper berichtet über den aktuellen Stand der Digitalisierung. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage 1 zur Verfügung gestellt.

Ratsherr Peters äußert Bedenken hinsichtlich der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern, wenn Klarnamen entfernt würden und mit Funktionspostfächern gearbeitet werde.

Herr Loerper erklärt, dass Funktionspostfächer insbesondere den Vorteil bieten, dass mehrere Personen Zugriff auf das jeweilige Postfach haben. Dadurch kann die Bearbeitung und Beantwortung von E-Mails auch in Vertretungsfällen sowie bei personellen Veränderungen innerhalb der Abteilung oder beim Ausscheiden von Mitarbeitenden sichergestellt werden. Zudem wird hierdurch eine Reduzierung der Antwortzeiten angestrebt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt nach der Veröffentlichung der Termine für den Digitaltag und nach der Nutzung der Lernplattform „Meer Campus“. Sie erkundigt sich zudem, ob die Stadt bereits von Hackerangriffen betroffen gewesen sei.

Herr Loerper bestätigt, dass Hackerangriffe regelmäßig vorkämen, und verweist auf die Zusammenarbeit mit der ITK, um solche Angriffe abzuwehren. Er kündigt an, die Anzahl der Angriffe als Anlage 2 zu der Niederschrift bereitzustellen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich, wie die Kommunale KI künftig eingesetzt werden soll.

Herr Loerper erläutert, dass die Kommunale KI ähnlich wie ein klassisches Sprachmodell funktionieren und beispielsweise zur Umformulierung von Texten genutzt werden könne. Darüber hinaus sei vorgesehen, eine interne Datenbank aufzubauen, in der städtisches Wissen und relevante Dokumente hinterlegt werden. Dadurch solle ermöglicht werden, gezielte Fragen zu den hinterlegten Inhalten zu stellen sowie Zusammenfassungen erstellen zu lassen.

Ratsherr Dr. Nieberding fragt, ob im Rahmen der Nutzung der Kommunalen KI auch personenbezogene Daten verarbeitet werden und ob die Anwendung zudem auf das Internet zugreife.

Herr Loerper erklärt, dass die KI sowohl interne Daten verarbeiten als auch auf das Internet zugreifen könne, je nach Einstellung. Er betont, dass personenbezogene Daten nur innerhalb der geschützten Umgebung der KI verarbeitet würden.

Herr Wirtz ergänzt, dass die Lernplattform „Meer Campus“ bisher erfolgreich angenommen werde und künftig auch Pflichtschulungen zu KI, Informationssicherheit und Datenschutz umfassen solle.

Herr Wirtz berichtet entsprechend der Niederschrift beigefügten Präsentation über relevante Themen des Servicebereichs Zentrale Dienste.

Ratsfrau Dr. Schomberg fragt, ob es ein Tortendiagramm gebe, das das Geschlechterverhältnis von Bewerbenden zeige, die tatsächlich eingeladen wurden.

Herr Wirtz könne ein solches Diagramm zur Verfügung stellen. Das Geschlechterverhältnis variere in der Verwaltung jedoch stark, da beispielsweise im Baubetriebshof mehr Männer und bei den Erziehern mehr Frauen eingeladen werden würden.

Ratsherr Neuhausen erkundigt sich nach der Ausbildungssituation bei der Stadt.

Herr Wirtz erklärt, dass die Ausbildungszahlen in der zweiten Präsentation im Herbst detaillierter dargestellt würden.

Ratsherr Geißler fragt nach der Altersstruktur der Mitarbeitenden über 70 Jahre.

Herr Wirtz erläutert, dass einige Mitarbeitende über das Renteneintrittsalter hinaus in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt seien.

Ratsherr Jörgens erkundigt sich nach der Vertretungsregelung in der Verwaltung.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt an, in der Herbstpräsentation auch die Krankheitssituation und Überstunden in der Verwaltung zu thematisieren, um Rückschlüsse auf die Arbeitszufriedenheit zu ziehen.

Herr Wirtz sagt zu, diese Themen in der Herbstpräsentation aufzunehmen.

11 Bericht der Wirtschaftsförderung

Herr Benninghoven berichtet über Themen der Wirtschaftsförderungen. Die Präsentation ist als Anlage 3 zur Niederschrift beigefügt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich eines geplanten Parkhauses auf dem Böhler -Gelände, das im Zusammenhang mit der Entwicklung des Böhler-Areals errichtet werden solle. Zudem erkundigt sie sich bezüglich der in der Präsentation angesprochenen Abmeldungen von Unternehmen und deren Gründe dafür.

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass der Bauantrag genehmigt sei und seitens des Eigentümers Gespräche mit Parkhausherstellern geführt würden, jedoch noch kein Zeitplan vorliege.

Herr Benninghoven ergänzt, dass sich die Zahl der An- und Abmeldungen von Gewerbetreibenden jährlich auf einem gleichbleibenden Niveau befänden. Abmeldungen von Gewerbebetrieben erfolgen aus unterschiedlichen Gründen, darunter Standortverlagerungen mangels Flächenverfügbarkeit, Altersgründe oder das Fehlen eines Nachfolgers.

Ratsherr Mocka weist auf die widersprüchliche Situation hin, dass einerseits Fachkräftemangel herrsche, andererseits jedoch vergleichsweise wenige Ausbildungsverhältnisse in Handwerksbetrieben bestünden.

Herr Benninghoven erklärt, dass viele Ausbildungsstellen unbesetzt blieben und es eine Herausforderung sei, junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen.

12 Anträge

keine

13 Anfragen

keine

13.1 Anfrage der AfD-Fraktion bzgl. Umgang mit Teillegalisierung von Cannabis in Meerbusch Vorlage: SB9JR/0277/2026

Herr Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass es im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Regelungen zum Cannabiskonsum sowie der Legalisierung eine umfangreiche Beantwortung gebe, die dem Protokoll beigefügt würde. Er erkundigt sich, ob dies in der vorliegenden Form akzeptabel sei.

Ratsherr Schalley bestätigt, dass dies in Ordnung sei. Gleichzeitig merkt er an, dass die Anfrage bereits am 22. Februar gestellt worden sei und somit fast drei Monate vergangen seien. Er bittet darum, dass die Antwort in solchen Fällen auch vorab schriftlich zu den Unterlagen gelegt werden könne, um Verzögerungen zu vermeiden.

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

keine Wortmeldungen

15 Termin der nächsten Sitzung: 09. Juli 2026

Die nächste Sitzung des Haupt-, Finanz- und Innovationsausschusses findet am 09. Juli 2026 statt.

16 Verschiedenes

Ratsherr Schalley erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Mitgliedschaft der Stadt in verschiedenen Vereinigungen, insbesondere im Hinblick auf den geplanten Austritt aus dem Förderverein für das Landestheater in Neuss. Er bittet um Konkretisierung, was dies im Detail bedeute, wie der Verfahrensstand sei und wann die Stadt den Austritt vollziehen wolle.

Dezernent Annacker erklärt, dass ein Austritt aus dem Förderverein durch den Kulturausschuss beschlossen werden müsse. Er weist darauf hin, dass der Kulturausschuss bereits vor etwa einem Jahr über dieses Thema beraten habe und sich damals gegen einen Austritt ausgesprochen habe. Im Rahmen der aktuellen Konsolidierungsmaßnahmen werde das Thema jedoch erneut aufgegriffen, und es bleibe abzuwarten, welche Entscheidung getroffen werde.

Meerbusch, den 3. Juni 2026

Christian Bommers
Bürgermeister

Gloria Tichelofen
Schriftführer/in